

› STELLUNGNAHME

zum Entwurf der Deutschen Nachhaltigkeits- strategie 2016 vom 30. Mai 2016

Berlin, 31.07.2016

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) vertritt über 1.430 kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. Mit über 245.000 Beschäftigten wurden 2013 Umsatzerlöse von mehr als 115 Milliarden Euro erwirtschaftet und mehr als 9,1 Milliarden Euro investiert. Die VKU-Mitgliedsunternehmen haben im Endkundensegment einen Marktanteil von 52 Prozent in der Strom-, 62 Prozent in der Erdgas-, 82 Prozent in der Trinkwasser-, 67 Prozent in der Wärmeversorgung und 32 Prozent in der Abwasserentsorgung. Sie entsorgen zudem jeden Tag 31.500 Tonnen Abfall und tragen entscheidend dazu bei, dass Deutschland mit 65 Prozent die höchste Recyclingquote unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union erreicht. Aktuell engagieren sich rund 140 kommunale Unternehmen im Breitbandausbau. Bis 2018 planen sie Investitionen von rund 1,7 Milliarden Euro - damit können dann rund 6,3 Millionen Kunden die Breitbandinfrastruktur kommunaler Unternehmen nutzen.

Verband kommunaler Unternehmen e.V. · Invalidenstraße 91 · 10115 Berlin

Fon +49 30 58580-0 · Fax +49 30 58580-100 · info@vku.de · www.vku.de

› GRUNDSÄTZLICHES

Der VKU begrüßt die umfassende Evaluation der Aktivitäten der politischen Ebenen und zentralen Akteure im Themenbereich Nachhaltigkeit durch die Bundesregierung und bedankt sich für die Möglichkeit, zum „Entwurf der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie – Neuauflage 2016“ Stellung nehmen zu können.

Der VKU vertritt über 1.400 kommunale Unternehmen, die in der Energieversorgung, der Wasserversorgung, der Abwasserentsorgung, der Abfallwirtschaft sowie in der Telekommunikation tätig sind. Diesen Unternehmen ist die hohe Verantwortung für die sozialen und die ökologischen Folgen ihrer Geschäftstätigkeit sehr bewusst.

Die Leistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge sind die Basis für Lebensqualität und ökonomische Leistungs- und Entwicklungsfähigkeit in den Kommunen und Regionen. Viele kommunale Unternehmen lassen ihre Nachhaltigkeitsbemühungen systematisch durch unabhängige Gutachter überprüfen. Dabei zeigt sich, dass nachhaltiges Handeln weit über ökologisches Engagement hinausgeht: Kommunalwirtschaftliche Unternehmen engagieren sich nicht nur seit langem im Umweltschutz, sondern stimmen soziale Verantwortung, wirtschaftlichen Erfolg und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen gleichberechtigt aufeinander ab. Viele kommunale Unternehmen engagieren sich in ihren Städten und Gemeinden für soziale oder kulturelle Projekte, fördern Bildung und Sport.

- › Der VKU ist daher der Auffassung, dass aufgrund der Interdependenzen zwischen den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie eine weitere **Priorisierung einzelner Indikatoren vonnöten** ist: So sind aus unserer Sicht der **Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen (SDG 6)**, der **Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, moderner Energie (SDG 7)** und der **nachhaltige Umgang mit Ressourcen (SDG 12)** **Grundvoraussetzung** für das Erreichen vieler weiterer Nachhaltigkeitsziele. Die Umsetzung und Erreichung wichtiger Ziele wie beispielsweise der Erhalt der Artenvielfalt und Ökosysteme, Beschäftigung und Innovationen sind davon von ihrer Qualität unmittelbar abhängig.
- › Kommunale Unternehmen sind wichtige Partner bei der Implementierung und Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen vor Ort. Der **VKU begrüßt daher ausdrücklich die Einbeziehung der kommunalen Ebene** in die Erarbeitung und die Umsetzung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.
- › Aus unserer Sicht muss die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie stärker die Diskussionen auf europäischer Ebene berücksichtigen. Dabei reicht eine reine Beschreibung der Aktivitäten der EU bzw. des European Political Strategy Center (EPSC) nicht aus (Seite 45 ff.). Es sollte vielmehr eine enge Verzahnung und Abstimmung erfolgen und auch – wenn bereits implementiert – in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie beschrieben werden.

Nachfolgend legen wir unsere Einschätzungen im Einzelnen dar.

› KONKRETE EMPFEHLUNGEN

Zu **SDG 2 – Den Hunger beenden**, 2b) Relevante nationale Nachhaltigkeitsindikatoren und –ziele/Maßnahmen

2a) Stickstoffüberschuss (S. 69 ff.)

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßt ausdrücklich das Ziel der Bundesregierung, die **Düngeverordnung** den geänderten Rahmenbedingungen in der Landwirtschaft anzupassen. Denn die kommunale Wasserwirtschaft ist seit Jahren stark von steigenden Nitrat-Konzentrationen in den Trinkwasserressourcen betroffen. Die Vorgabe der EU-Nitratrichtlinie von maximal 50 Milligramm je Liter Nitrat im Grundwasser wird vielerorts nicht eingehalten. Jedoch ist der Juni 2015 vorgelegte überarbeitete Entwurf der Düngeverordnung nicht ausreichend.

Der VKU sieht in folgenden Punkten nachbesserungsbedarf, um einen ausreichenden Schutz der Trinkwasserressourcen zu gewährleisten:

- › **Sofortige Einführung der Hoftorbilanz:** Dabei sind alle Stickstoffmengen, die auf einen Hof zum Beispiel in Form von Düngemittel gelangen, ebenso zu erfassen wie die Mengen, die den Hof als landwirtschaftliche Produkte wieder verlassen.
- › **Maßnahmen der Länder erweitern:** Die Regelungsmöglichkeiten der Länder müssen erweitert werden, um in belasteten Gebieten das Nitratproblem überhaupt lösen zu können.
- › **Datenabgleich als Grundlage für Transparenz erforderlich:** Die Aufnahme einer Länderöffnungsklausel für einen Datenabgleich ist zu begrüßen. Allerdings nur Stichproben durchzuführen, um den behördlichen Aufwand gering zu halten, ist kein Ansatz. Vielmehr muss eine permanente einheitliche Überwachung eingeführt werden.

Zu **SDG 6 – Zugang zu sauberem Wasser und Sanitäranlagen** 6b) Relevante nationale Nachhaltigkeitsindikatoren und –ziele/Maßnahmen

8b) Nitrateintrag im Grundwasser (S. 110 ff.)

Trinkwasser ist das Lebensmittel Nummer 1 in Deutschland. Über 90 Prozent der Deutschen nutzen es frisch aus der Leitung, so die aktuellen Ergebnisse der Langzeitstudie „Qualität und Image von Trinkwasser in Deutschland“ (TWIS).

Trinkwasser ist die Grundlage unseres Lebens. Unser Trinkwasser ist Ausdruck höchster Lebensqualität. Diese gilt es auch für künftige Generationen zu bewahren. Denn: Vorsorge ist besser als Nachsorge. Darum muss bereits an der Quelle angesetzt und das Verursacherprinzip durchgesetzt werden.

Das Bundesumweltministerium (BMUB) erarbeitet zurzeit eine Strategie zur Reduktion von Mikroverunreinigungen. Der VKU wird durch das Ministerium in diesen Prozess eingebunden. Ziel des BMUB ist es, in den Dialog mit allen Verursachergruppen zu treten und mögliche Maßnahmen zur Erreichung des guten Zustands der Gewässer nach der Wasserrahmenrichtlinie zu diskutieren.

- › Mit Blick auf die zunehmende Detektion von Stoffen in der aquatischen Umwelt setzt sich der VKU für die **konsequente Umsetzung des Vorsorge- und Verursacherprinzips** ein. Maßnahmen müssen zuerst bei dem Verursacher der Emission oder dem jeweiligen Wirkstoff ansetzen.
- › Das **Zulassungsverfahren beispielweise von Arzneimitteln** sollte auch auf die Auswirkungen der Wirkstoffe auf Umwelt und Gewässer durch ein Nachzulassungsmonitoring ergänzt werden. So sind Hersteller von Arzneimittel auch nachdem Produkte auf dem Markt gebracht wurden, nicht aus ihrer Verantwortung zu entlassen.
- › Neben einer **Produktkennzeichnungspflicht** für Verbraucher und Rücknahmeverpflichtungen sind auch die **Kosten der Entfernung aus der Umwelt** zu diskutieren. Wenn im Einzelfall die Elimination in der Rohwasseraufbereitung im Wasserwerk bzw. in der Abwasserbehandlung im Klärwerk notwendig ist, dann müssen die Verursacher an den Kosten angemessen beteiligt werden. Vor diesem Hintergrund regt der VKU einen **breit angelegten Dialog mit allen Verursachergruppen** an.

Zu **SDG 7 – Zugang zu bezahlbarer, verllässlicher, moderner Energie**

7b) Relevante nationale Nachhaltigkeitsindikatoren und –ziele/Maßnahmen

10a/b) Energieproduktivität und Primärenergieverbrauch

11a/b) Anteil erneuerbarer Energien am Brutto-Endenergieverbrauch und Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Stromverbrauch

Das SDG 7 benennt die wesentlichen Anforderungen an die Entwicklung einer globalen nachhaltigen Energieversorgung (S. 114 ff.). Dabei geht es vor allem um den bezahlbaren und verllässlichen Zugang zu modernen Energiedienstleistungen, die Erhöhung des Anteils der erneuerbarer Energien am globalen Energiemix sowie um eine Steigerung der Energieeffizienz.

Die kommunalen Unternehmen sind wesentliche Akteure der Energiewende, denn die Energiewende ist dezentral, sie findet vor Ort statt. Kommunale Unternehmen investieren sowohl in flexible konventionelle Erzeugungsformen wie beispielsweise moderne Kraftwärmekopplung als auch erneuerbare Energien. Und kommunale Unternehmen sind Experten für Netzinfrastrukturen und bieten den Bürgern Möglichkeiten zur Beteiligung und aktiven Teilhabe.

Der kommunale Erzeugungspark ist auf die Energiewende ausgerichtet. Schon heute sind 60 Prozent der Erzeugungskapazitäten erneuerbar oder in klimaschonender Kraft-Wärme-Kopplung.

Bei den Investitionen ist der Anteil noch größer. Laut der VKU-Erzeugungsumfrage 2014 befanden sich zuletzt insgesamt 3.830 Megawatt Kraftwerkskapazitäten im Bau beziehungsweise im Genehmigungsverfahren. Die Mehrheit der Investitionen geht damit in „Energiewende-Anlagen“: Der Anteil der hocheffizienten KWK-Anlagen liegt bei 37 Prozent, Erneuerbare-Energien-Anlagen machen 25 Prozent aus. Damit stiegen die Investitionen in den Kraftwerkspark gegenüber dem Vorjahr leicht an: um 4,4 Prozent auf 5,08 Milliarden Euro (2013: 4,87 Milliarden Euro).

- › Der VKU fordert daher eine Hinwendung zu **wettbewerblichen Strukturen** und **integrierten Konzepten**, die den Energiemarkt ganzheitlich betrachten, langfristig Versorgungssicherheit garantieren und Flexibilitätsoptionen fördern.
- › Für den regulierten Netzbereich muss auch der Tatsache Rechnung getragen werden, dass sich die **Rolle und die Aufgaben der Verteilnetzbetreiber** in der vergangenen Dekade stark verändert haben – sie sind zu Systemmanagern avanciert.
- › Der VKU begrüßt die Hinwendung zum **Primärenergieverbrauch** als Indikator für die Steigerung der Energieeffizienz. Bei der EU-Energieeffizienzrichtlinie liegt der Fokus beispielsweise noch zu sehr auf der Endenergieeffizienz.

Zu **SDG 12 – Nachhaltige Konsum- und Produktionsgüter sicherstellen**

12b) Relevante nationale Nachhaltigkeitsindikatoren und –ziele/Maßnahmen

24a) Marktanteil von Produkten und Dienstleistungen, die mit glaubwürdigen und anspruchsvollen Umwelt- und Sozialsiegeln ausgezeichnet sind

SDG 12 betrifft die Aspekte Verringerung der Abfallentstehung (12.5) und Einführung einer Nachhaltigkeitsberichterstattung für größere Unternehmen (12.6), S. 167 ff.

Kommunale Unternehmen entsorgen jeden Tag 31.500 Tonnen Abfall und tragen entscheidend dazu bei, dass Deutschland mit 65 Prozent die höchste Recyclingquote unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union erreicht.

Wir fordern eine ambitionierte und gleichzeitig realistische Ziele zur Umsetzung des EU-Kreislaufwirtschaftspakets und eine Novelle der Ökodesign-Richtlinie (2009/125/EG):

- › Die kommunalen Unternehmen unterstützen die Absicht der EU-Kommission, dem Ökodesign zukünftig mehr Bedeutung beizumessen. Insbesondere in der Entwicklung und Konzeption eines Produkts - der wichtigsten Stellschraube für dessen Wiederverwendung - sieht der VKU Potenzial. Die Regeln für das Ökodesign von Produkten sollten umfassend, verbindlich und eindeutig gestaltet sein, um einen wirksamen Beitrag zur Kreislaufwirtschaft zu leisten. **Produkte sollten langlebig, reparaturfreundlich, in Produktion und Konsum ressourcensparend sowie einfach recycelbar sein.**
- › Bezüglich des Indikators 24 a: „**Marktanteil von Produkten und Dienstleistungen, die mit glaubwürdigen und anspruchsvollen Umwelt- und Sozialsiegeln ausgezeichnet sind**“ setzt sich der VKU auf EU-Ebene für eine Anpassung und Vereinfachung der europäischen Ecolabel-Vorschriften mit dem Ziel ein, Verbrauchern eine bewusste und zuverlässige Auswahl ressourcenschonender Produkte zu ermöglichen.
- › Der VKU fordert zudem, dass die EU **Kriterien für qualitativ hochwertiges Recycling schaffen und damit die Marktchancen für Sekundärrohstoffe erhöhen** soll. Damit könnte sie den verstärkten Einsatz von Sekundärrohstoffen fördern. Quantitative Ziele allein führten zum Downcycling und zu ökologischen Nachteilen.
- › Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sollte ihre Ziele in die EU-Diskussionen einbetten.

Zu **SDG 13 – Umgehende Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen** (S. 179 ff.)

12b) Relevante nationale Nachhaltigkeitsindikatoren und –ziele/Maßnahmen

26a) Treibhausgasemissionen

Schon heute werden ca. 56 Mio. Tonnen CO₂ jährlich durch den Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung eingespart. Kommunale Unternehmen sind durch KWK-Anlagen in Städten und Gemeinden maßgeblich an den jährlichen Einsparungen beteiligt. Bei einem Anstieg der KWK-Erzeugung auf 20 Prozent im Jahr 2020 steigt dieser Wert von 56 Mio. Tonnen CO₂ – je nach Umsetzungspfad – um 11 bis 15 Mio. t auf rd. 70 Mio. t an; bei einem weiteren Anstieg der KWK-Erzeugung auf 25 Prozent an der gesamten Nettostromerzeugung steigt dieser Wert auf rd. 82 Mio. t an. Perspektivisch liegt, wie in der Potenzialanalyse durch die Gutachter herausgearbeitet, das KWK-Potenzial mit bis zu 170 TWh überwiegend in der öffentlichen Versorgung, weshalb der KWK in der öffentlichen Versorgung eine besondere Rolle zukommt.

- › Der VKU fordert das EU-Parlament und den Ministerrat im Zusammenhang mit der Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens auf, die bereits von der EU-Kommission vorgelegte **Novelle der ETS-Richtlinie** zügig und ambitioniert zu verhandeln, so dass der Emissionshandel wieder zu einem funktionierenden System wird und Anreize bietet, in CO₂-arme, energieeffiziente Technologien zu investieren. Nur so kann **Indikator 26a „Treibhausgasemissionen“** tatsächlich zu einem wirksamen und glaubwürdigen Indikator werden.
- › In der Umsetzung auf nationaler Ebene wird der VKU darauf achten, dass auch **andere Sektoren als die Energieerzeugung** betrachtet werden und nicht einzelne Maßnahmen zu massiven Strukturbrüchen - insbesondere auch bei Stadtwerken - führen. Gerade der Umbau des Erzeugungsparks erfordert neben einer klaren Orientierung auf die Klimaschutzziele auch Planungs- und Investitionssicherheit für die Akteure.
- › **Dekarbonisierung:** Kommunale Unternehmen sind Systemmanager und denken die Energieversorgung ganzheitlich. Sie sind Experten für die Infrastruktur, die in der dekarbonisierten Energieversorgung eine zentrale Rolle spielen wird. Sie sind der Seismograph für den Transformationsprozess. Kommunale Unternehmen sind nah am Kunden und kennen ihre Bedürfnisse. Das gilt sowohl für private Haushalte als auch für Gewerbe und Industrie. So können sie z. B. Lastmanagementpotenziale heben.

Zu **SDG 17 – Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben füllen** (S. 216 ff.)

Die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland stellt die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Kommunen vor neue Herausforderungen bezüglich Ver- und Entsorgung und Integration. Auch wenn kommunale Unternehmen über ihr Engagement kaum reden, leisten sie Enormes. Sei es bei der Versorgung oder Unterbringung von Flüchtlingen in den Kommunen oder bei der Schaffung von Arbeits-, Ausbildungs- und Praktikumsplätzen.

Kommunale Unternehmen leisten nicht nur Hilfe vor Ort. Sie zeigen ihr entwicklungspolitisches Engagement auch immer stärker im außereuropäischen Ausland. Damit helfen sie aktiv, um zum einen Fluchtursachen zu bekämpfen. Zum anderen leisten sie damit aber auch einen wichtigen Beitrag im Rahmen von Wiederaufbauprojekten.

Für den Schwerpunkt nachhaltige Entwicklung/ außereuropäisches Ausland sind aus Sicht des VKU folgende Punkte relevant:

- **Prioritäre Regionen und Einsatzfelder definieren**
 - **Langfristigen Betrieb organisieren (Betreibermodelle)**, d.h. Menschen vor Ort im außereuropäischen Ausland zu Experten für die Infrastrukturen und Anlagen der Daseinsvorsorge machen
 - **Know-how kommunaler Beschäftigter nachhaltig nutzen** und den Aus- und Aufbau eines Pools von Senior Experts sowohl aus dem technischen als auch aus dem betriebswirtschaftlichen Feld fördern
 - **Rechtssicherheit** für kommunale Akteure beim außereuropäischen Engagement **schaffen** – Politische Unterstützung zusichern
 - Spezifika kommunaler Akteure bei der **Finanzierung** berücksichtigen
 - **Kommunalpartnerschaften unterstützen** - Die einfachste Möglichkeit, kommunale Partnerschaften ins außereuropäische Ausland zu stärken und neue zu initiieren, ist es, bereits bestehende Netzwerke und Programme zu nutzen.
- Als zusätzlichen Indikator könnte sich der VKU hier auch einen **Indikator „Anzahl kommunaler Projekte im außereuropäischen Ausland“** vorstellen, der das gemeinsame Engagement der Kommunen, der kommunalen Unternehmen und der Bundesregierung auf diesem Gebiet wieder spiegelt.

Ansprechpartnerin im VKU: Dr. Sonja Witte, Bereich Grundsatz und Europa

Telefon: 030-58580-170, Mail: witte@vku.de